

# Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

**Initiator\*innen:** Bundesjugendversammlung 2019 (beschlossen am: 25.05.2019)

**Titel:** **Digitalisierung - sozialverträglich und ökologisch**

---

## Antragstext

1 Wir, die BUNDjugend, wollen, dass die Menschheit und der Planet Erde eine  
2 Zukunft haben, die durch Digitalisierung solidarischer, umweltfreundlicher und  
3 menschlicher wird. Wir wollen Digitalisierung so nutzen, dass sie ein gutes  
4 Leben für alle ermöglicht! [1]  
5 Deshalb fordern wir:

## 6 **1. Digitalisierung nachhaltig gestalten!**

### 7 **Digitale Suffizienz als Leitbild nachhaltiger** 8 **Digitalisierung**

9 Wir fordern alle Akteur\*innen der Digitalisierung auf, digitale Suffizienz als  
10 Leitbild zu verstehen und als Maßstab bei allen Entscheidungen anzulegen.  
11 Digitalisierung soll dieser Leitidee folgend nachhaltiges Wirtschaften sowie  
12 suffiziente Produktions- und Lebensweisen fördern und ermöglichen. Das Konzept  
13 umfasst dabei sowohl Techniksuffizienz, als auch Daten- und Nutzungssuffizienz.  
14 Die Infrastrukturen, Geräte und Anwendungen der digitalen Entwicklung sollen so  
15 weit wie möglich ressourcenarm gestaltet sein. Darüber hinaus soll  
16 Digitalisierung zu einer allgemeinen Reduzierung des Energie- und  
17 Ressourcenverbrauchs in diversen gesellschaftlichen Bereichen beitragen sowie  
18 das Nutzer\*innenverhalten im Sinne der Nachhaltigkeit positiv beeinflussen.

### 19 **Wirtschaftliche Verantwortung im digitalen Sektor**

20 Wir fordern alle Unternehmen im digitalen Sektor auf, sozial, gerecht und fair  
21 mit ihren Mitarbeitenden umzugehen sowie für die Einhaltung der Menschenrechte  
22 einzutreten. Umweltfolgeschäden müssen von den  
23 Unternehmen getragen werden, die diese verursachen. Dafür braucht es  
24 entsprechende verbindliche Gesetze und Regeln.  
25 Für eine gute Zukunft ist es notwendig, dass jedes Produkt so designt wird,  
26 dass nach dem Prinzip Cradle-to-Cradle Stoffkreisläufe vollständig geschlossen  
27 werden. [2] Politiker\*innen aller Parteien und Länder sind aufgerufen, diese  
28 Prinzipien mit politischen Entscheidungen zu untermauern. Durch effektive  
29 Bußgelder bei Nichteinhaltung gesetzlicher Produktstandards sollen  
30 Förderprogramme für sozial-ökologische Projekte finanziert werden.

### 31 **Ein Recht auf einfache Reparatur und Nachrüstung** 32 **vorhandener** 33 **Geräte**

34 Die BUNDjugend fordert, profitgetriebene Ressourcenverschwendung zu unterbinden.  
35 Politiker\*innen aller Parteien und Länder müssen sich auf Gesetze einigen, die  
36 es Menschen ermöglichen, ihre eigenen Geräte zu reparieren oder von  
37 Unternehmen  
38 ihrer Wahl reparieren zu lassen. Diese Gesetze müssen den Verkauf von Geräten  
39 mit geplanter Obsoleszenz verbieten und im Rahmen des Möglichen unter Strafe  
40 stellen. [3] Wir fordern herstellende Unternehmen auf, möglichst einheitliche  
41 Technologiestandards zu schaffen und Baupläne möglichst offen zu legen, um  
42 Reparaturen zu ermöglichen und zu vereinfachen.  
43 Zudem erwerben Nutzer\*innen häufig neue Geräte, um an technischen Neuerungen  
44 teilhaben zu können. Dies sollte nicht zur Notwendigkeit werden. Wir fordern  
45 herstellende Unternehmen stattdessen auf, ihre Produkte so zu entwickeln, dass  
46 möglichst viele Einzelbauteile individuell austauschbar gemacht werden  
47 (Bausteinprinzip). Dies erleichtert nicht nur die Reparatur, sondern ermöglicht  
48 auch die Nachrüstung alter Geräte, wenn neue Bedarfe entstehen. Dafür müssen  
49 technische Schnittstellen vereinheitlicht werden.

### 50 **Mindestens aktualisierbar bis:**

51 Wir fordern die Politiker\*innen aller Länder und Parteien auf, gesetzlich  
52 festzuschreiben, dass Unternehmen, die elektronische Geräte herstellen,  
53 verpflichtet sind, ein Mindesthaltbarkeitsdatum anzugeben. Dieses gibt an, wie  
54 lange es Garantie für die Funktionsfähigkeit der Hardware gibt und wie lange das  
55 Gerät durch Funktions- und Sicherheitsupdates versorgt wird. Es soll zudem  
56 sichergestellt werden, dass nach dem Ablauf dieses Mindesthaltbarkeitsdatums für  
57 Softwareupdates der Quelltext offengelegt wird, sodass die Open-Source-Community  
58 diese weiterentwickeln und so Geräte länger nutzbar machen kann. Das Aufspielen  
59 neuer Software muss durch handelsübliche Schnittstellen möglich und ausführlich  
60 dokumentiert sein. [4] Solange die Politik jedoch untätig bleibt, sind die  
61 Unternehmen gefragt. Wir fordern alle Unternehmen zur Selbstverpflichtung auf,  
62 gemeinsam ein einheitliches Label für Geräte einzuführen, das es Kund\*innen  
63 einfach macht, zu erkennen, ob ein Gerät auf Open Soft- und/oder Hardware  
64 basiert und ob der  
65 Hersteller aktiv (z. B. durch die Bezahlung von Entwickler\*innen) die

66 langfristige Versorgung mit (Sicherheits-)Updates begünstigt.

## 67 **2. Die Macht von IT-Unternehmen eindämmen!**

### 68 **Öffentliches Geld, Öffentliches Gut**

69 Die BUNDjugend fordert alle Parteien, Regierungen, Hochschulen und  
70 Forschungsinstitute dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass öffentliche  
71 Ausschreibungen für Digitalgüter (Software, elektronische Geräte, Daten und  
72 Datenbanken/-modelle) und deren Entwicklung oder Erzeugung als Ergebnis  
73 ausschließlich Open-Source-Software, Open Hardware und Open Data  
74 beinhalten[10].

75 Die BUNDjugend-Delegiertenversammlung (BJV) hat bereits 2018 die bevorzugte  
76 Nutzung und Erstellung freier Software beschlossen [5]. Wir möchten den BUND  
77 und  
78 andere Organisationen ermutigen, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls eine  
79 bevorzugte Nutzung freier Software zu beschließen.

### 80 **Internet-Infrastruktur in öffentliche Hand**

81 Wir fordern Politiker\*innen aller Parteien auf, auf Folgendes hinzuwirken: Die  
82 Internet-Infrastruktur gehört in öffentliche Hand und muss demokratisch  
83 reguliert und gestaltet werden. Beispielsweise muss die deutsche Netzwerk-  
84 Infrastruktur von einer öffentlichen, nicht gewinnorientierten Behörde betrieben  
85 werden. Diese Behörde sollte zunächst den Breitbandausbau im ländlichen Raum  
86 durch Glasfaser angehen und dann Schritt für Schritt eine nachhaltig  
87 funktionelle  
88 deutsche Internetinfrastruktur unter demokratischer Kontrolle schaffen. Die  
89 Finanzierung soll auch durch Vertrieb der Nutzungsmöglichkeit zu gleichen  
90 Konditionen an alle Internetdienstanbieter möglich sein. Eine Privatisierung  
91 darf nicht stattfinden! Der Staat sollte zudem Alternativen zu den Plattform-  
92 und  
93 Dienstleistungsangeboten der großen Datenriesen unterstützen und nicht-  
94 kommerzielle Dienste gezielt fördern. Regulierung von großen kommerziellen  
95 Plattformen könnte beispielsweise über demokratische Kontrollinstanzen  
96 stattfinden.

### 97 **Die Zukunft surft mit Glasfaser**

98 Die BUNDjugend fordert von der Politik, Anreize für eine flächendeckende  
99 Glasfaseranbindung mindestens bis ans Gebäude, idealerweise sogar bis in die  
100 Wohnung, zu setzen. Insbesondere Einrichtungen in öffentlicher Hand sollen  
101 anstelle von Konzernen hier im Fokus von Förderungen stehen. Investieren Firmen  
102 in den  
103 Bau eines Glasfasernetzes, so sollten andere Akteure, die das Mitverlegungsrecht  
104 nutzen, einen entsprechenden Teil der Kosten für den Bau tragen. Fehlanreize,  
105 die den Überbau bestehender Glasfaserleitungen ermöglichen, müssen beseitigt  
106 werden. [6]

## 107 **Kein Mehrkonsum durch Manipulation im Netz!**

108 Die Erfassung und Auswertung von persönlichen Daten für Werbezwecke,  
109 beispielsweise bei Suchmaschinen und sozialen Netzwerken, sollte langfristig  
110 politisch verhindert werden. Politiker\*innen aller Parteien und Länder stehen  
111 in  
112 der Verantwortung, Gesetze dafür zu erlassen, dass nutzer\*innenverfolgende  
113 Werbung sowie die Nutzung privater Daten ohne das explizite Einverständnis von  
114 Betroffenen verboten werden.  
115 Wir fordern alle Unternehmen dazu auf, sich bewusst für Datensparsamkeit zu  
116 entscheiden und sich an den Prinzipien der europäischen Datenschutz-  
117 Grundverordnung auszurichten. So soll die Verstärkung von übermäßigem Konsum  
118 durch Erstellung und Verwendung von Persönlichkeitsprofilen in der  
119 Werbeindustrie eingedämmt werden.

## 120 **3. Starker Datenschutz und mehr** 121 **Datensouveränität!**

### 122 **Überwachung abschaffen, Demokratie und Menschenrechte durch** 123 **Datenschutz wahren**

124 Die BUNDjugend fordert den effektiven Schutz unserer Privatsphäre. Die  
125 Bundesregierung muss dazu unverzüglich die in der Praxis bereits wirkungslose  
126 Vorratsdatenspeicherung abschaffen. [7] Dies soll auch in Zukunft dafür sorgen,  
127 dass politische Repression in Deutschland der Vergangenheit angehört. Zudem  
128 widersprechen wir der geforderten Abschaffung effektiver  
129 Anonymisierungsmaßnahmen im Internet. [8] Es darf Journalist\*innen,  
130 Aktivist\*innen und Whistleblower\*innen nicht noch schwerer gemacht werden, da  
131 öffentlich aufzuklären, wo Politik und Wirtschaft Gesetze übertreten,  
132 Umweltkatastrophen verursachen oder Menschenrechte verletzen.

### 133 **Für ein offenes Internet und freie Meinungsäußerung**

134 Die BUNDjugend ist der Überzeugung, dass es für jede Problemstellung, die die  
135 Digitalisierung mit sich bringt, bessere Lösungen gibt, als die  
136 Meinungsfreiheit  
137 einzuschränken und damit staatlicher oder wirtschaftlicher Unterdrückung Tür  
138 und  
139 Tür zu öffnen. Zensur stellt immer nur eine Symptombekämpfung der Probleme  
140 dar –  
141 deshalb sind Einschnitte in unsere Grundrechte dafür nicht hinnehmbar. Wir  
142 bekennen uns zum Geiste des Grundgesetzes, in dem es klar und deutlich heißt:  
143 "Eine Zensur findet nicht statt."

### 144 **Bildung für digitale Mündigkeit**

145 Wir fordern Bildungsinstitutionen wie auch die Kultusministerien auf,

146 Digitalkompetenz zu schaffen, die ihres Namens würdig ist. Es ist notwendig,  
147 dass jedem Menschen ein grundlegendes Verständnis vermittelt wird, wie Basis-  
148 Technologien, d. h. Computer oder das Internet, funktionieren. Darauf aufbauend  
149 muss der größte Teil der Digitalkompetenz gesellschaftlicher Natur sein. Ein  
150 Verständnis für Privatsphäre, Demokratie und Datenschutz und die  
151 gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung müssen genauso Bestandteil  
152 der Digitalkompetenz sein wie der Erwerb von Medienkompetenz und der Fähigkeit,  
153 Fakten von Fälschungen durch Recherche und wissenschaftliche Methodik zu  
154 unterscheiden. Digitalkompetenz muss ab dem Beginn der Bildungslaufbahn junger  
155 Menschen Teil des Unterrichts sein. Niemandem dürfen diese Fähigkeiten verwehrt  
156 werden.

#### 157 **4. Gesellschaftliche Umbrüche sozial gerecht** 158 **gestalten!**

##### 159 **Künstliche Intelligenz – natürlich nur mit Verantwortung**

160 Die BUNDjugend will, dass künstliche Intelligenz in Zukunft mit Verantwortung  
161 verwendet und erforscht wird. Künstliche Intelligenz muss vollständig  
162 transparent sein. Wir fordern die Politik dazu auf, durch wirksame Gesetzgebung  
163 sicherzustellen, dass künstliche Intelligenzen und maschinelles Lernen nur  
164 unter  
165 der Voraussetzung entwickelt und eingesetzt werden, dass Datenmodell und  
166 Quelltext vollständig und ohne Einschränkungen allen zur Verfügung gestellt  
167 werden. Das Gleiche muss für sämtliche Trainings- und Testdaten gelten,  
168 allerdings unter Berücksichtigung des Datenschutzes, also wirksam anonymisiert.  
169 Aufgrund der enormen Risiken ist das Geschäftsgeheimnis keine Begründung, ein  
170 solches Gesetz einzuschränken.  
171 Die BUNDjugend schließt sich der internationalen Forderung nach der Ächtung  
172 und  
173 dem Verbot von Entwicklung, Herstellung, Handel und der Verwendung autonomer  
174 Waffensysteme an. [9]

##### 175 **Digitalisierung muss allen zugutekommen**

176 Um die gezielte Förderung nachhaltiger Digitalisierung zu ermöglichen,  
177 Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Arbeitsplätzen zu schaffen und den  
178 damit  
179 verbundenen gesellschaftlichen Wandel positiv zu gestalten, fordert die  
180 BUNDjugend Politiker\*innen aller Parteien dazu auf, eine digital-ökologische  
181 Steuerreform auf den Weg zu bringen. Sinnvoll wäre dabei eine schrittweise  
182 Erhöhung der Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch, um gezielte  
183 Anreize für Unternehmen zu schaffen, diesen so weit wie möglich zu verringern.  
184 Außerdem sollte die Wertschöpfung von Unternehmen durch digitale  
185 Automatisierung  
186 miteinbezogen werden. Die so gewonnenen Steuereinnahmen müssen dann  
187 gemeinwohlorientiert verwendet werden, um die Digitalisierung im Sinne einer  
188 sozial-ökologischen Transformation zu gestalten.

## 189 Arbeit neu denken

190 Die Automatisierung wird umfassende gesellschaftliche Veränderungen hervorrufen.  
191 Ein besonderes Verantwortungsbewusstsein bei ihrem Einsatz ist daher geboten, um  
192 die entstehenden Vorteile gerecht zu verteilen. Verbesserungen der  
193 Lebensqualität müssen auch und insbesondere für diejenigen Menschen spürbar  
194 sein, deren Arbeitsplätze von Automatisierung besonders betroffen sind.  
195 Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche, die die Digitalisierung auch für den  
196 Arbeitsmarkt bringt, fordert die BUNDjugend folgendes: Die allgemeine Norm, nach  
197 welcher nur Lohnarbeit als gesellschaftliche Leistung wertgeschätzt wird, soll  
198 aufgebrochen werden. Stattdessen soll eine öffentliche Debatte hinsichtlich  
199 einer Umgestaltung der Sozial- und Arbeitspolitik gefördert werden.

200  
201 Die BJV beauftragt den BUNDjugend-Bundesvorstand, die vorliegende Positionierung  
202 an die thematische Arbeitsgruppe Digitalisierung des BUND weiterzuleiten, damit  
203 die Forderungen in die Debatten des BUND Eingang finden. Außerdem setzt sich  
204 dieser dafür ein, dass das Thema Digitalisierung als kontinuierliches  
205 Fortschrittsthema begriffen wird, indem er die Anstrengungen von  
206 interessierten BUNDjugendlichen zusammenführt und diese untereinander vernetzt.

## 207 Quellen/Links:

208 [1] BUNDjugend (2018): #vollvernetzt. Mit digitaler Suffizienz zum guten Leben  
209 für alle.

210 [2] auf Deutsch sinngemäß „vom Ursprung zum Ursprung“, Cradle to Cradle  
211 ist ein

212 Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft, vgl.  
213 Braungart, Michael und McDonough, William: Cradle to cradle : einfach  
214 intelligent produzieren. Piper Taschenbuch, 2014.

215 [3] In Frankreich gibt es bereits ein solches Verbot: [https://www.n-  
216 tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html)

217 [4] Rahmenbedingungen der General Public License in Version 3:  
218 <https://www.gnu.de/documents/gpl-3.0.de.html>

219 [5] BJV-Beschluss von 2018: Bevorzugte Nutzung und Erstellung Freier Software:  
220 [https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-  
221 Erstellung-freier-Software.pdf](https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-Erstellung-freier-Software.pdf)

222 [6] Zu Diskussionen und einer möglichen Gesetzesänderung bezüglich des  
223 Mitverlegungsrechts: [https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-  
224 verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-  
225 verbieten/](https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-verbieten/)

226 [7] Unternehmen setzen Vorratsdatenspeicherung nicht um:  
227 [https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-  
228 erstmal-nicht/](https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-erstmal-nicht/)

229 [8] Polizeikongress: Verbot aller Darknets gefordert:

230 <https://tarnkappe.info/polizeikongress-verbot-aller-darknets-gefordert/>

231 [9] Lethal Autonomous Weapons Pledge: [https://futureoflife.org/lethal-  
232 autonomous-weapons-pledge/](https://futureoflife.org/lethal-autonomous-weapons-pledge/)

233 [10] Offener Brief der Free Software Foundation Europe e.V. "Public Money,  
234 Public Code"<https://publiccode.eu/de/openletter/>

## Begründung

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Von Smart City, Cyber Security und dem Internet of Things bis zur Industrie 4.0 werden Schlagworte in Talkshows ausgetauscht oder auf Werbebannern eingeblendet. Wenn Politik und Wirtschaft von Fortschritt reden, wird dabei oft vergessen, welcher Fortschritt eigentlich gemeint ist. Denn Digitalisierung findet ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist auf eine ressourcen- und energieintensive Infrastruktur angewiesen. Wäre das Internet ein Land, hätte es weltweit den drittgrößten Stromverbrauch – direkt nach den USA und China! Die Anzahl der digitalen Geräte wächst enorm und mit ihr der Ressourcenverbrauch für ihre Herstellung. Für unsere digitalen Errungenschaften arbeiten Menschen, vor allem im Globalen Süden, unter widrigsten Bedingungen in Bergbau und Produktionsstätten.

Durch die Digitalisierung schnellen die Profite einiger weniger Riesenkonzerne in die Höhe. Konzerne wie Google, Facebook und Amazon schaffen mit ihren Angeboten Monopole und können nahezu ungehindert auf unsere Daten zugreifen. Die intransparente Nutzung dieser Daten führt dann beispielsweise dazu, dass wir immer öfter mit immer perfekter auf uns abgestimmten Kaufanreizen konfrontiert sind.

Nicht nur Unternehmen sammeln fleißig unsere Daten, auch für Regierungen werden wir als digitale Bürger\*innen ständig transparenter. Überwachungsgesetze, Spionagesoftware oder Vorratsdatenspeicherung, die vermeintlich im Sinne der öffentlichen Sicherheit eingeführt werden, erhöhen gleichzeitig den Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Digitalisierung aktuell eher dazu beiträgt, dass ein ressourcenschwerer und global ungleicher Status quo gefestigt wird. Richtig umgesetzt hätte die Digitalisierung unseres Erachtens jedoch großes Potenzial, um Ressourcen zu schonen, Partizipation zu ermöglichen, die Vernetzung der Zivilgesellschaft zu vereinfachen und umweltfreundliche Lebensweisen zu verbreiten. Damit die Digitalisierung die sozial-ökologische Transformation gut unterstützen kann, sind regulatorische Maßnahmen notwendig, die die Digitalisierung anhand sozial-ökologischer Maßstäbe lenken und bewerten.